

Gemeinsam für eine moderne Metropole –

Zukunft sichern, Zusammenhalt stärken.

**Kooperationsvereinbarung zwischen
CDU Essen
und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Essen
2020 - 2025**



CDU KREISVERBAND
ESSEN

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND ESSEN



Inhalt

Präambel	1
Schule / Bildung / Wissenschaft.....	2
Bauen	5
Planen und Stadtentwicklung	7
Verkehr und Mobilität.....	9
Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung	11
Personal, Organisation und Gleichstellung	11
Sicherheit / Ordnung / Demokratie.....	12
Klima-, Umwelt- und Naturschutz	14
Energie.....	15
Wirtschaft.....	16
Digitalisierung.....	17
Arbeit und Soziales.....	18
Gesundheit	19
Jugendhilfe	20
Integration.....	21
Kultur.....	23
Sport.....	24
Haushaltsausgleich / Schuldenabbau / Investitionen.....	26

Gemeinsam für eine moderne Metropole – Zukunft sichern, Zusammenhalt stärken.

Präambel

Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands und BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN, gehen für die Ratsperiode 2020-2025 eine von beiden Parteien getragene Kooperation ein, um die politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen unserer Stadt gemeinsam zu meistern und die Zukunft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger aktiv zu gestalten.

Mit unserer Kooperation bieten wir den Bürgerinnen und Bürgern nach der Kommunalwahl vom 13. September 2020 eine verlässliche und stabile Ratsmehrheit an.

Wir wollen in den kommenden 5 Jahren dafür Sorge tragen, die Grundlagen für Zusammenhalt zu stärken, das Wohlergehen, die Sicherheit und die Lebensqualität aller Menschen zu steigern, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas zu gewährleisten und die Quellen künftigen Wohlstands auszubauen. Wir wollen eine Stadt Essen, in der jede und jeder dazugehört und niemand zurückgelassen wird.

Unser Ziel ist eine solidarische, vielfältige und offene Stadtgesellschaft, die in Freiheit und in Verantwortung für künftige Generationen sicher zusammenlebt. Im Mittelpunkt unserer Vereinbarung stehen die Menschen in unserer Stadt und all ihren Quartieren. Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern, bauen auf ihre Potenziale, Vielfalt und Kreativität.

Essen in den nächsten fünf Jahren zu gestalten heißt, mit den Folgen der Corona-Pandemie umzugehen und ihre negativen Auswirkungen abzumildern. Wir arbeiten daran, dass unsere Stadt gestärkt aus der Pandemie hervorgeht und sich ebenso für die Herausforderungen durch den Klimawandel besser rüstet und Klimaneutralität anstrebt.

Als moderner Wirtschafts- und Industriestandort, als Kulturhauptstadt und grüne Hauptstadt, als Dienstleistungs- und Energiemetropole, als Wissenschaftsstadt und Gesundheitsstandort im Herzen des Ruhrgebiets wollen wir die Möglichkeiten ausschöpfen, Essen weiter nach vorne zu bringen, Chancen zu nutzen und Risiken abzuwenden. Wir wollen den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stabilisieren und fördern, das Bildungswesen stärken, unsere Wirtschaft unterstützen und nachhaltiger ausrichten unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren, Integration stärken und solide Haushalte.

Wir wollen eine Gestaltungscoalition bilden, die unsere moderne Metropole weiterentwickelt. Dazu gehört es Gutes zu bewahren und weiterzudenken, unsere Heimat für die Zukunft zu rüsten und die nächste Dekade in den Blick zu nehmen. Mit modern meinen wir bürgernah, sicher, sozial bildungsgerecht, digital, mobil, klimaschonend, wissenschaftsbasiert, inklusiv und robust. Diesen gemeinsamen Gestaltungsanspruch formulieren wir mit dieser Kooperationsvereinbarung. Wir werden diese Vereinbarung in der politischen Arbeit in Essen nun mit Leben füllen.

Schule / Bildung / Wissenschaft

Gute Bildung schafft die Voraussetzung für Selbstbestimmung, Chancengerechtigkeit, gerechte Teilhabe und Integration. Gute Bildung ist zudem Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen Wohlstand, der in jeder Generation aufs Neue erarbeitet wird. Die Schulen in Essen arbeiten in diesem Sinne sehr erfolgreich und befähigen Schülerinnen und Schüler zur persönlichen Entfaltung in sozialer Verantwortung. Diese erfolgreiche Arbeit unserer Schulen wollen wir stärken. Gemeinsam setzen wir uns daher für mehr und bessere Angebote entlang der ganzen Bildungskette ein, standortunabhängig und ohne soziale Bruchlinien. Schulen sind Orte der Verständigung, Integration und Demokratieförderung und müssen entsprechend gestärkt werden.

Unsere Bildungseinrichtungen stehen nicht erst seit der Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen. Wir wollen sie weiterhin bestmöglich dabei unterstützen, ihren Bildungs- Betreuungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen.

Schulsanierung, Schulaus- und -neubau, Schulentwicklung

Der bedarfsgerechte Ausbau und die Sanierung unserer Schulinfrastruktur sind Schwerpunkte der Schulpolitik und werden konsequent fortgesetzt.

Hauptaufgabe in den nächsten Jahren wird die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Schulplätzen im Primar- und Sekundarbereich sein, um die gesetzliche Pflicht zu erfüllen, jeder Schülerin und jedem Schüler einen Schulplatz zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen in Essen ein breit gefächertes Schulangebot sicherstellen, indem Eltern zwischen verschiedenen Schulformen wählen können. Ein leistungsfähiges Schulsystem muss bedarfsgerecht aufgestellt sein.

Wir erwarten von der Verwaltung eine partizipative und zukunftsichere Schulentwicklungsplanung, mit dem Ziel Schulplätze in allen Schulstufen, Schulformen und -arten bedarfsgerecht bereit zu stellen. Maßgeblich sind für uns der Elternwille und der Erhalt der großen Schulvielfalt der Essener Bildungslandschaft, inklusive der Berufskollegs.

Im Sinne der Schulvielfalt und mit Blick auf den Elternwillen werden wir insbesondere an Gesamt- und Realschulen weitere Plätze schaffen.

Unsere Gymnasien werden wir für die Umstellung auf G9 ertüchtigen.

Zudem ist uns die Modernisierung unserer Schulinfrastruktur ein besonderes Anliegen.

Die vielen bereits in Bau oder Planung befindlichen Schulbauprojekte (Neubauten, Sanierungen, Erweiterungen) werden wir daher um weitere Projekte ergänzen.

Die vom Rat der Stadt beschlossene Schulbauleitlinie werden wir bei den anstehenden Schulbaumaßnahmen der kommenden Jahre anwenden. Schulgebäude sollen zukunftsweisend und nachhaltig mit Blick auf gemeinsames Lernen und ökologische Standards gebaut werden.

Das Sonderinvestitionsprogramm zur Sanierung von Schultoiletten ist bereits in der Umsetzung. Am Ziel der Realisierung bis 2022 halten wir fest.

Schulsozialindex

Den Schulsozialindex des Landes wollen wir auf Essen adaptieren und dabei weitere Parameter, wie beispielsweise bereits vorhandene Ressourcen an der Schule, berücksichtigen.

Kita und Grundschule

Wir unterstützen die Einrichtung von weiteren Familienzentren an Kitas. Die Ausweitung auf Grundschulen wollen wir prüfen.

Bei zukünftigen Planungen von Grundschul- und KiTa-Standorten wollen wir prüfen, ob die Einrichtung eines „Hauses des Lernens“ möglich und sinnvoll ist.

Offener Ganztag (OGS)

Wir werden das Angebot im Offenen Ganztag nachdrücklich weiter ausbauen, auch um den Rechtsanspruch im Jahr 2025 erfüllen zu können. Dabei wollen wir sowohl neue Ganztagsräume bauen als auch Schulen dabei unterstützen, ihr pädagogisches Konzept so weiterzuentwickeln, dass der gesamte Schulraum für Unterricht und Ganztagsbetreuung zur Verfügung steht.

Modelle des gebundenen Ganztags werden wir fördern, wenn sich eine Schule hierzu auf den Weg macht.

Schulumfeld- und Bildungsarbeit

Wir wollen die Schulen dabei unterstützen, pädagogische, kulturelle, politische, musische und bewegungsorientierte Fördermöglichkeiten stärker zu nutzen. Hierfür wollen wir Netzwerkstrukturen im Sinne einer ganzheitlichen Bildung fortentwickeln und durch mehr Kooperationen zwischen Schulen untereinander, mit Vereinen im Stadtteil und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Schulumfeldarbeit ausbauen.

Wir wollen mehr Essener Schulen für das Netzwerk „Schule ohne Rassismus“ gewinnen und unsere Essener Bildungseinrichtungen, insbesondere die Schulen, bei der Umsetzung von Konzepten für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ unterstützen.

Digitalisierung an Schulen

Wir wollen die Schullandschaft unserer Stadt so ertüchtigen, dass Bildung unter den Bedingungen der Digitalisierung erfolgreich ist.

Alle Schulen müssen mit stabilem WLAN und digitalen Präsentationstechniken in Klassen- und Fachräumen ausgestattet werden. Die Ausstattung der Schulen mit mobilen Endgeräten muss deutlich verbessert werden.

Ziel der Stadt Essen muss es sein, alle ihr zustehenden Mittel des Digitalpaktes vollständig und rechtzeitig abzurufen.

Zu diesem Zweck werden wir das Alfred-Krupp-Schulmedienzentrum (AKSMZ) personell so verstärken, dass es diese Aufgabe federführend erfüllend kann.

Soweit leistbar, soll das AKSMZ auch technische und pädagogisch-didaktische Kompetenzen durch Fortbildungen von Lehrerinnen und Lehrern zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in die Schullandschaft tragen.

Wir werden die Schulen bei der Einführung und vielfältigen Nutzung digitaler Lernplattformen unterstützen.

Schulsozialarbeit

Wir werden die Anzahl der bei der Stadt Essen angesiedelten Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter nachhaltig erhöhen. Für die Verteilung der neu zu schaffenden Stellen werden wir einen Schulsozialindex einführen, der wichtige Parameter so erfasst, dass die Schulen mit besonderen Herausforderungen in ihrer wichtigen Arbeit besser unterstützt werden.

Für ein modernes Lernumfeld wollen wir mehr multiprofessionelle Teams schaffen.

Schulsekretariate

Wir werden die Sekretariatsstunden an Grundschulen so ausweiten, dass die Schulen an jedem Tag der Woche in einer festen Kernzeit erreichbar sind.

Inklusion an Schulen

Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen auch künftig die Wahlmöglichkeit besitzen, ob ihr Kind eine Regel- oder eine Förderschule besuchen soll. Daher werden wir zum einen die bestehende Förderschullandschaft erhalten und weiter pflegen. Zum anderen werden wir die Regelschulsysteme, die den Weg der Inklusion gehen, unterstützen. Grundsätzlich soll Inklusion an jeder Essener Schule möglich sein.

Gemeinschaftsgrundschulen und Bekenntnisschulen

Das bestehende System aus Gemeinschafts- und Bekenntnisgrundschulen werden wir erhalten. Beide Schularten werden von uns gleichermaßen unterstützt.

Schulessen

Wir wollen Schulen dabei unterstützen, ein gesundes Frühstücksangebot anzubieten. Für ein ausgewogenes Angebot braucht es im Ganztagesbereich tägliche Auswahlmöglichkeiten aus vegetarischen und anderen Gerichten. Im besten Fall besteht das Angebot aus regionalen oder Fair-Trade-Produkten.

Im Falle von Neubauten oder Generalsanierungen wollen wir Schulen, die sich hierzu auf den Weg machen wollen, bei der Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes zur Einrichtung von Frischeküchen unterstützen.

Auch die gebundenen Ganztagschulen, an denen die Stadt für das Mittagessen zu sorgen hat, wollen wir bei der Weiterentwicklung des Angebotes mit täglich einem vegetarischen Alternativangebot und im besten Fall mit regionalen oder Fair-Trade-Produkten unterstützen.

Schulschwimmen

Wir wollen, dass jedes Kind in Essen schwimmen lernt. Hierzu sind die vorschulischen Angebote zu stärken. Das Schulschwimmen wollen wir, auch durch die Kooperation mit Schwimmvereinen, so stärken, dass an den Schulen Schwimmunterricht in der im Lehrplan verankerten Form durchgeführt werden kann.

Sprachförderung

Der Erwerb der deutschen Sprache ist für zugewanderte Schülerinnen und Schüler die wichtigste Voraussetzung für ihre Integration. Im Rahmen der Förderung von Mehrsprachigkeit kommt aber auch der Erstsprache eine besondere Rolle zu.

Weiterbildung

Wir wollen die Angebote des Zweiten Bildungsweges zukunftssicher aufstellen.

Wir wollen gemeinsam die berufliche Bildung in Essen stärken, Berufskollegs attraktiv halten und damit die Chancen für die junge Generation verbessern. Berufliche und akademische Bildung sehen wir als gleichwertig an.

Wir wollen die Weiterbildungsangebote in unserer Stadt stärken und bestehende Weiterbildungsmöglichkeiten durch gezielte Ansprachen transparenter machen.

Wissenschaftsstadt Essen

Essen ist ein attraktiver Wissenschaftsstandort mit herausragenden Hochschulen und zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Im Dialog mit allen Beteiligten wollen wir Projekte aus dem „Aktionsplan Wissenschaft“ zum Erfolg führen und die „Initiative Wissenschaftsstadt Essen“ fortsetzen.

Universitätsentwicklungsplan und Universitätsallianz

Wir wollen gemeinsam mit allen Beteiligten einen „Universitätsentwicklungsplan“ für die nächsten 10 bis 15 Jahre auf den Weg bringen, unter anderem hinsichtlich Entwicklungsperspektiven, Raum- und Flächenbedarfsplanung, und der besseren Erreichbarkeit per ÖPNV und Fahrrad.

Die „Universitätsallianz Ruhr“ wollen wir stärken und aktiv mitbegleiten um damit die starke Stellung der Metropolregion Ruhr in Wissenschaft und Spitzenforschung weiter auszubauen.

Forschung für Innovationen

Wir wollen neue Forschungszentren wie z.B. ein Fraunhofer-Institut, ein Max-Planck- Institut oder ein Leibniz-Institut unter dem Stichwort „Innovation made in Essen“ in unsere Stadt holen. Mögliche Forschungsschwerpunkte sind: Green Tech, Medizin, Ökologie und soziale Innovation.

Die Universität Duisburg-Essen und das Universitätsklinikum gehören zu den größten Arbeitgebern in unserer Stadt und bilden Fachkräfte in unterschiedlichen Bereichen aus, etwa Ingenieurinnen und Ingenieure und Lehrerinnen und Lehrer bzw. Medizinerinnen und Mediziner. Wir wollen dazu beitragen, dass diese jungen Talente auch dauerhaft ihre Heimat in Essen finden.

Studentisches Wohnen

Wir setzen uns, gemeinsam mit dem NRW-Studierendenwerk dafür ein, die Essener Studierenden-Wohnheime nach aktuellen Standards zu modernisieren und mehr Wohnheimplätze zu schaffen.

Wissenschaftskommunikation

Ein strukturierter Dialog zwischen Wissenschafts- und Stadtgesellschaft ist uns wichtig. Bereits bestehende Projekte wie die „KinderUni“ und den „Wissenschaftssommer“ unterstützen wir und befürworten weitere Formate der Wissenschaftskommunikation.

Bauen

Gutes Wohnen, sei es zur Miete oder in den eigenen vier Wänden, wie auch ausreichend Platz für moderne Arbeitsplätze sind Ziele unserer Stadtplanung. Die soziale Durchmischung in den Stadtteilen ist uns sehr wichtig. Dabei möchten wir in unserer Stadt sowohl die Möglichkeit der Bildung von Einzeleigentum weiterhin ermöglichen als auch die Anzahl von öffentlich geförderten Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau forcieren.

Unsere städtischen Immobilien wollen wir besser bewirtschaften.

Quartiere, in denen die Menschen gerne leben sind uns wichtig. Erhaltenswerte Quartiere wollen wir in ihrem Charakter besonders schützen.

Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, sollen verstärkt Rechnung getragen werden. Dies soll durch Vorgaben in Bebauungsplänen und Beratung der Eigentümer von Bestandsimmobilien umgesetzt werden. Durch Beratung wollen die Vorteile der energetischen Sanierung in Bestandsgebäuden sowie gleichzeitiger neuer sozialer Bindung herausstellen.

Wir bekennen uns zur doppelten Innenentwicklung. Eine aktive städtische Boden- und Flächenpolitik ist für uns ein wichtiger Baustein für eine soziale und bedarfsorientierte Stadtentwicklung.

Die Partizipation unserer Bürgerinnen und Bürger an Planungs- und Satzungsprozessen soll durch neue Formate der bürgerlichen Mitwirkung ausgeweitet werden.

Wir erkennen die Notwendigkeit weiterer Flächenbedarfe für Gewerbe und Wohnen an. Hierbei gilt, dass Innenentwicklung Vorrang vor Außenentwicklung hat.

Bauunterhaltung

Die bauliche Unterhaltung der städtischen Liegenschaften soll nachhaltiger werden und die Bauunterhaltungsplanung verbessert werden. Dies gilt ebenso für den Einsatz der Haushaltsmittel als auch für die dazu durchzuführenden Baumaßnahmen.

Denkmal-/Quartierschutz

Schützenswerte Ortskerne und Quartiere sollen, wenn nötig, durch Satzungen und, wo möglich, auch durch Unterschutzstellung von Denkmälern besser im Erhalt gesichert werden. Auf eine intensive Bürgerbeteiligung ist dabei zu achten.

Wohnraumbedarf

Die Stadtplanung und Stadtentwicklung sollen ausgerichtet werden an:

- der Entwicklung der Anzahl und Größe der Haushalte sowie am demographischen Wandel
- einer Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten,
- dem Bedarf an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen.

Der Wohnraumbedarf ist spätestens alle 3 Jahre abzugleichen.

Neue Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenwohnen sollen bedarfsorientiert unterstützt werden.

Wir bekennen uns zu dem Ziel, mehr öffentlich geförderten Wohnraum (Neubau und Modernisierung) in unserer Stadt – dem Bedarf folgend – zu schaffen. Hierzu streben wir eine über das Stadtgebiet gleich große Quote für öffentlich geförderten Geschosswohnungsbau im Verhältnis der Quote zur Bildung von Einzeleigentum an. Ziel sind sozial stabile Stadtquartiere für unterschiedliche Einkommensgruppen.

Ein modellhaftes Entwicklungskonzept soll erstellt werden. Um Wege aufzuzeigen, wie die Wohnungsnachfrage einerseits nach familienfreundlichen Wohnungen und andererseits nach barrierefreien Wohnungen für ältere Menschen befriedigt werden kann. Durch neue Wohnangebote gibt es Bewegung im Bestand, was ein Freiziehen von Bestandsimmobilien (insbesondere Eigenheimen) ermöglicht. Ziel muss dabei sein, Quartiere in ihrer Struktur zu erhalten.

Ökologische Anforderungen

Wir setzen uns für eine verstärkte energetische Sanierung von Gebäuden, den Einsatz von Photovoltaik, Solar- und Geothermie sowie Dach- und Fassadenbegrünung etc. (unter Einbeziehung des Allbaus) ein. Dazu wollen wir für Private Anreize schaffen und Beratung ausweiten.

Um Mietpreiserhöhungen infolge von energetischer Sanierung und Modernisierung im Bestand mit neuer sozialer Bindung zu verhindern, ist bei den Kosten der Unterkunft die Warmmiete zu berücksichtigen (z.B. Allbau-Modell).

Soweit sinnvoll, werden Energiekonzepte künftig Bestandteil der Bauleitplanung und bei städtebaulichen Wettbewerben.

Bei Bauleitplänen sollten Vorgaben enthalten sein, die die Nachrüstung von PV erlauben (Beschattung, Dachneigung etc. berücksichtigen).

Für Gärten, insbesondere Vorgärten im Bestand, wollen wir eine verstärkte Beratung hin zu mehr Biodiversität anbieten.

Ökologisch und nachhaltig vorbildliches Bauen

Bisher ungenutztes Potential an Dach- und Fassadenflächen für die Nutzung von Energieerzeugung mit Sonnenlicht soll verstärkt ausgeschöpft werden. Nachhaltige und wiederverwendbare Baustoffe,

ebenso wie recycelte und recycelfähige Baustoffe und nachhaltige, ressourcenschonende Bauweisen sollen vorrangig zum Einsatz kommen. Beratungsangebote zur energetischen Gebäudesanierung und zu ökologischem, nachhaltigem, ressourcenschonendem, klimafolgenresilientem Bauen sollen ausgebaut werden.

Planen und Stadtentwicklung

Grundsätze der Flächenentwicklung

Durch eine doppelte Innenentwicklung soll eine bauliche Verdichtung und zugleich auch die Erhaltung, Weiterentwicklung und Qualifizierung des urbanen Grüns sichergestellt werden.

Wir wollen eine maßvoll angepasste Nachverdichtung, bei der auf den Erhalt des Stadtbildes von Quartieren geachtet wird. Das Baulückenkataster soll aktualisiert werden.

Ziel ist es, flächensparendes Bauen unter anderem dadurch zu erreichen, dass die Potentiale einer Aufstockung von Gebäuden oder der Überbauung von Verkehrsflächen genutzt werden.

Grundsätzlich soll keine Baulandausweisung für Wohnen oder Gewerbe in Landschaftsschutzgebieten, auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, im Wald sowie in regionalen Grünzügen erfolgen. Einzelfallentscheidungen bleiben möglich, vor allem wenn keine anderen Flächen zur Verfügung stehen.

Wir wollen endgültig aufgegebenen Nutzflächen recyceln und Brachflächen revitalisieren. Neuversiegelungen sollen möglichst durch Entsiegelungen an anderer Stelle innerhalb des Ortsgebietes ausgeglichen werden.

Qualitative Anforderungen ans Bauen

Im Hinblick auf einen energiesparenden Baustandard sollen städtische Neubauten mindestens dem Standard eines KfW-Effizienzhauses 40 erfüllen. Ziel ist es, städtische Bauten möglichst als Passivhäuser oder Plusenergiehäuser zu bauen.

Neue städtische Gebäude sollen mindestens eine Zertifizierung der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) nach dem Gold-Standard oder eine Zertifizierung mit mindestens dem BNB-Silber-Zertifikat nach dem Bewertungssystem „Nachhaltiges Bauen“ des Bundesinnenministeriums erreichen.

Innovative Formen des Bauens (z.B. Modulare Bauten, Tiny Houses, Mehrgenerationenhäuser und Clusterwohnungen) sollen ermöglicht werden.

Neue Stadtquartiere wie „Essen 51“, „Freiheit Emscher“, „Marina Essen“ und die Fläche an der Stauderstraße/ Emscherstraße sollen ökologisch und sozial vorbildlich entwickelt werden.

Aktive Boden- und Liegenschaftspolitik

Strategisch wichtige Grundstücke sollen in städtischer Hand verbleiben.

Ziel muss der Ankauf und die Neuentwicklung von Flächen und Gebäuden zum Beispiel mittels eines Fonds für den Ankauf von Flächen sein. Generell sind städtische Vorkaufsrechte konsequent auszuüben.

Es sollen mehr Mittel zum Aufkauf von Problemimmobilien bereitgestellt oder über Fördermittel eingeworben werden. Dabei sind städtische Vorkaufsrechte konsequent auszuüben.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft der „Immobilienentwicklung Stadt Essen GmbH“ soll gestärkt werden.

Es sollen mehr Mittel zum Abriss leerstehender, nicht mehr genutzter Gebäude im städtischen

Eigentum bereitgestellt werden.

Strategische Flächen sollen möglichst in Erbbaurecht vergeben werden. Dabei soll eine Vergabe im Rahmen des Erbbaurechts vorrangig an genossenschaftliche, gemeinwohlorientierte Wohnungsbaugesellschaften erfolgen.

Aktive Bürgerbeteiligungsverfahren

In besonderen Fällen sollte eine frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung über die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungen hinaus ermöglicht werden (z.B. durch Workshops, Planungszellen).

Zur besseren Berücksichtigung der Interessen der jüngeren Generation sollen in der Stadt- und Gebäudeplanung besondere Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche entwickelt werden. Bei der Planung ist generell verstärkt an zukünftige Generationen zu denken.

Das Instrument der Bürgerbefragung bzw. Bürgerbeteiligung wie z.B. zur Frage „Wie wollen wir wohnen?“ soll auch genutzt werden, um mehr über die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung bzw. über das Versorgungsangebot im Wohnumfeld zu erfahren.

Quartiersentwicklung

Alle Schulen sollen sicher zu Fuß und mit dem Fahrrad erreicht werden können.

Die integrierten INSEK-Stadtteilentwicklungskonzepte („Starke Quartiere – starke Menschen“) sollen zur Schaffung neuer Grün-, Sport- und Freizeitflächen sowie von attraktiven Begegnungsräumen für alle Menschen genutzt werden.

Für die Stadtplanung und Stadtentwicklung soll der Grundsatz der Schaffung von Quartieren der kurzen Wege gelten. Dabei geht es auch um eine Neuverteilung des städtischen Raumes und die Orientierung der städtebaulichen Planungen an nachhaltigen Zukunftsentwürfen.

Die Versorgungsinfrastruktur in den Quartieren soll so geschaffen werden, dass Ziele des täglichen Bedarfs möglichst in 15 Minuten (zu Fuß oder mit dem Rad) erreicht werden können.

Handlungskonzept Innenstadt

Es soll ein Handlungskonzept Innenstadt (Altstadt und Oststadt) in Weiterentwicklung des vorliegenden Innenstadtkonzeptes (unter Einbeziehung interdisziplinärer wissenschaftlicher Expertise) mit den folgenden Zielen erstellt werden:

- Erhöhung der Attraktivität und Aufenthaltsqualität (Aufenthaltsorte, Digitale Angebote, Sicherheit, Sauberkeit, öffentliche Toiletten)
- mehr Wohnen und Arbeiten (lokale Ökonomie) in der Innenstadt ermöglichen.

Leerstände in der Innenstadt begreifen wir als Chance für Existenzgründungen, ebenso wie für die Kreativ- und Kulturwirtschaft.

Wir wollen in einem offenen Planungsprozess mit allen Beteiligten und unter Berücksichtigung der Interessen der Messe eine attraktive Bebauung am Messeparkplatz P2 in Rüttenscheid realisieren. Hierzu wird ein B-Planverfahren nach § 8 BauGB angestrebt.

Baugenehmigungsverfahren sollen vereinfacht, digitalisiert und insgesamt beschleunigt werden.

In konsequenter Weiterführung des Masterplanprozesses am Flughafen Essen/Mülheim werden wir gemeinsam mit der Stadt Mülheim/ Ruhr über die weitere Nutzung des Flughafengeländes ergebnisoffen beraten.

Verkehr und Mobilität

Unser Ziel ist ein sicherer (Vision 0) und flüssiger (stauarmer) Straßenverkehr für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Dies kann u. a. durch eine verbesserte Verkehrslenkung, die Nutzung neuer und innovativer Technologien und eine Stärkung des Personals zur Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs erreicht werden.

Dem veränderten Mobilitätsverhalten wollen wir Rechnung tragen. Der vom Rat beschlossene Modal Split Anteil mit dem Ziel von 4 x 25% beim Verkehr für Autos, Bus und Bahn, Fahrräder sowie Fußgängerinnen und Fußgänger werden wir bei allen Verkehrsplanungen und Verkehrsmaßnahmen berücksichtigen und schrittweise umsetzen.

Wir bestärken unsere Zustimmung zu den Zielen des Radentscheids und treten für ihre Erreichung ein.

Der Deckel auf der A40 (bei 6-spurigem Ausbau der A 40) ist ein wichtiges Projekt zur Aufwertung der Stadtteile. Eine besondere Herausforderung stellt dabei die Führung der Stadtbahn dar. Hierzu ist eine detaillierte Planung nötig.

Die Kooperationspartner setzen sich für einen besseren Schutz der Essener Bevölkerung vor Fluglärm ein und lehnen die Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf ab.

Fußgängerinnen und Fußgänger

Barrieren für Fußgängerinnen und Fußgänger sollen verstärkt abgebaut werden. Ziel sind sichere, attraktive und barrierefreie Wege sowie mehr Raum für Fußgänger.

Es sollen Standards u.a. im Hinblick auf Barrierefreiheit, Kreuzungen, Querungen sowie Regeln für Ampeln definiert und konsequent umgesetzt werden.

Am Baldeneysee sowie am Ruhr-Leinpfad sollen Nutzungskonflikte ermittelt und zusammen mit der Bürgerschaft (z.B. mit Hilfe der Durchführung von Workshops) Lösungsmöglichkeiten zur Konfliktvermeidung entwickelt werden. Auch die Beleuchtungssituation soll verbessert werden.

Fahrrad

Die Punkte des Radentscheids sollen linear und schrittweise umgesetzt werden. Die Schritte für die nächsten 5 Jahre sollen definiert und evaluiert werden. Über die Umsetzung soll regelmäßig im Mobilitätsausschuss berichtet werden.

Der Radschnellweg RS1 soll zügig realisiert werden. Die Teilabschnitte sollen parallel geplant werden. Da die Brücken stadtbildprägend sind, ist zusammen mit StraßenNRW auf eine gute städtebauliche Qualität zu achten., Teilabschnitte mit eigenem Verkehrswert sollen vorrangig realisiert werden (z.B. Bahnhof Kray-Nord bis Grenze Gelsenkirchen). Dies gilt auch für den Ausbau auf Radschnellwegstandard beim Abschnitt Universität bis Grenze Mülheim/Ruhr.

Zur Instandsetzung und zur Gewährleistung der ganzjährigen Befahrbarkeit von Radwegen (Winterdienst, Laubbeseitigung) soll ein Sanierungs- und Ausbauprogramm für bestehende Radwege sowie ein Reinigungskonzept umgesetzt werden. Die Radwegbeleuchtung soll verbessert werden, wobei auf insektenfreundliche Beleuchtung geachtet werden soll.

In Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten, dem Regionalverband Ruhr sowie dem Landesbetrieb StraßenNRW soll eine Koordinierungsstelle zur Planung und zum Unterhalt von Radwegen geschaffen werden

Fahrradtrassen

Das Fahrrad-Haupttroutennetz soll überarbeitet und durch Integration neuer Wege erweitert werden. Dabei sollen die Radwege möglichst barrierefrei und gut ausgebaut (einschließlich Winterdienst) sein. Es soll eine neuen Nord-Süd-Radwegachse sowie eine neue Achse in Ost-West-Richtung (längs der

Ruhr) geschaffen werden.

Die Radschnellwege Mittleres Ruhrgebiet (RSMR Essen-Bottrop-Gladbeck) und über die A52-Ruhrthalbrücke sollen vorangetrieben werden, wobei der Landesbetrieb StraßenNRW federführend ist.

ÖPNV

Die Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans zur Erreichung des 25 %-Modal-Split-Ziels wollen wir ausweiten (z.B. in den Randzeiten). Sinnvolle Maßnahmen aus dem Lead City-Programm sollen fortgeschrieben und finanziert werden.

Die Bahnhofstangente / Citybahn soll zügig realisiert werden.

Wir streben eine Verlängerung der U 11 und / oder U 17 mit dem Ziel einer Anbindung von Karstadt bzw. von Haarzopf und optional zum Flughafenareal Essen/Mülheim an.

Das Gebiet „Freiheit Emscher“ soll über das Stadion an die Schiene angebunden werden.

In Zusammenarbeit mit Oberhausen soll die Straßenbahn-Linie 105 bis zum Centro durchgestreckt werden. Auf Essener Seite soll der zweigleisige Ausbau vorangetrieben werden.

Wir wollen an Haltestellen der Straßenbahn bzw. Stadtbahn Park- and Ride-Plätze ausbauen.

Nach einer Evaluation sollen neue On-Demand-Angebote eingeführt werden, wobei ein weiteres Pilotprojekt in einem peripher gelegenen Stadtteil durchgeführt werden soll.

Wir wollen die Nutzung von Ortsbussen und Schnellbuslinien (auch interkommunal) fördern. Bürgerbusinitiativen wollen wir ebenfalls unterstützen, z.B. bei der Einrichtung von Haltestellen.

Die Sanierung der Ruhrbahngleise und -tunnel sowie der Zugsicherungstechnik bei der Ruhrbahn werden wir vorantreiben. Dabei sollen Drittmittel eingeworben werden.

Es soll geprüft werden, ob die Weiße Flotte ins Tarifsystem der Ruhrbahn eingebettet werden kann.

Das Thema einer interkommunalen Verkehrsplanung soll an den Regionalverband Ruhr sowie den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr adressiert werden (z.B. bei der Einrichtung städteübergreifender Schnellbuslinien, beim zweigleisigen Ausbau der S9 zwischen Essen und Bottrop im Bereich Dellwig und dem Ausbau der S6 nach Düsseldorf. Die Kooperationspartner sprechen sich für Fusionen von Verkehrsgesellschaften aus.

Der Zustand von Bahnhöfen inklusive deren Umfeld werden wir verbessern.

Parkplätze

Die Gestaltung des Parkraums muss zum Modal-Split-Ziel beitragen und Gegenstand einer regelmäßigen Evaluierung sein.

Parkraum soll vorrangig abseits des Straßenrandes geschaffen werden (durch Parkhäuser, Parkplätze usw.).

Der Dauerbelegung von Parkplätzen in Kern- bzw. Einkaufsbereichen soll entgegen gewirkt werden.

Für mobilitätseingeschränkte Menschen werden wir nach Bedarfsprüfung zusätzliche Parkplätze an zentralen Orten (wie z.B. am Hauptbahnhof) unter Einbeziehung der Bezirksvertretungen schaffen.

Der Parksuchverkehr soll reduziert werden, z.B. durch Evaluation anderer innovativer Möglichkeiten (z.B. Paternoster-Parkhaus, Parkleitsystem, automatisiertes Parken). Es soll ein Konzept zur höheren Nutzungsquote von bestehenden Parkhäusern und Parkplätzen entwickelt werden, etwa durch eine Ertüchtigung bestehender Parkhäuser, die verstärkte Bewirtschaftung oder anderweitige Nutzung von Parkplätzen im Straßenraum sowie durch verstärkte Kontrolle und Sanktionierung von illegal geparkten Fahrzeugen.

Bewohnerparkregelungen werden wir wieder einführen bzw. auf weitere Quartiere ausweiten, wobei

auch Handwerker und Besucher zu berücksichtigen sind. Abhängig vom Quartier sollte ggf. eine spätere Anpassung bei den Gebühren erfolgen.

Modal Split

Um das Ziel von 4 * 25% Modal Split bis 2035 zu verwirklichen, soll die Nutzung des Verkehrsraumes optimiert werden. Dabei werden wir schrittweise vorgehen und die einzelnen Schritte für die nächsten 5 Jahre definieren.

Es soll ein modernes Verkehrsleitsystem für das gesamte Stadtgebiet aufgesetzt werden (statt Stückwerk bei Ampelschaltungen). Dabei empfiehlt es sich mit Pilotvorhaben zu starten. Die Ziele der Erreichung eines Modal Splits von 4 * 25% sowie die Verflüssigung des Verkehrs für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer (insbesondere des ÖPNV) haben wir dabei im Blick.

Es soll zu einer Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger (Auto, Bahn, ÖPNV, Rad, CarSharing, Mietfahrräder) kommen, zum Beispiel mit Hilfe digitaler Mittel (z.B. Weiterentwicklung der ZÄPP-App). Es sollen mehr Mobilstationen eingerichtet werden (Ziel: mindestens 2 neue Mobilstationen pro Jahr im Schnitt). Außerdem sollen mehr Park and Ride- und mehr Bike and Ride-Plätze geschaffen werden.

Das Verkehrsmanagementsystem Ruhrpilot empfehlen wir bei Verkehrsplanungen und für Optimierungen zu nutzen. Wir unterstützen ausdrücklich den Ausbau des Ruhrpilot-Systems.

Bei jeder Tiefbaumaßnahme im öffentlichen Raum soll eine Optimierung des Straßenraumes im Sinne des Essener Modal-Split-Ziels geprüft werden.

Die Umweltspur an der Schützenbahn soll evaluiert und ggf. optimiert werden.

CDU und Grüne respektieren ihre jeweils unterschiedlichen Auffassungen in der Frage des Ausbaus der A 52.

Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung

Wir treten ein für moderne Formate der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung und beauftragen die Verwaltung, dafür angemessene Qualitätskriterien zu entwickeln. Dazu gehören u.a. ein barrierefreier Zugang zu Informationen und faire Teilnahmemöglichkeiten. Zusätzlich setzen wir uns für mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche ein, z.B. durch Jugendforen in allen Stadtbezirken.

Personal, Organisation und Gleichstellung

Mit modernen und transparenten Verwaltungs- und Unternehmensstrukturen soll die Stadt fit werden für die Zukunft mit attraktiven, fairen und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen. Wir treten dafür ein, dass sich die Vielfalt der Menschen aus unserer Stadtgesellschaft in der Verwaltung widerspiegelt und die Gleichstellungsziele erreicht werden.

Ein aufgabenbezogenes Vertretungs-, Nachfolge und Wissensmanagement wird weiterentwickelt.

Personalentwicklungs- und Rekrutierungskonzepte für die verschiedenen Bereiche der Stadtverwaltung sollen weiterentwickelt werden, unter Berücksichtigung von

- einer Stärkung der Mitarbeitenden-Bindung durch ein gutes Angebot an individuellen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten,

- einem Personalentwicklungsprogramm für Fach- und Führungskräfte mit einem besonderen Fokus auf einer zukunftsgerichteten Führungskultur sowie die Fortentwicklung des Diversity-Konzeptes.

Die erfolgreichen Ausbildungsinitiativen wollen wir weiter ausbauen, z.B. durch Ausbau des Anreizsystems in der Verwaltung für Ausbilderinnen und Ausbilder.

Der Gleichstellungsplan wird entsprechend der dort beschlossenen Regelungen evaluiert. Bei Nichterreichung von dort definierten Zielen sollen erforderliche Anpassungen und Ergänzungen der Maßnahmen erfolgen.

Die Verwaltung wird beauftragt, Personalbefragungen weiter auszubauen und ggf. an die Gefährdungsbeurteilungen zu koppeln.

Um Prozesse und Organisation der Stadtverwaltung in Hinblick auf Erreichbarkeit, Servicequalität und die Leistungsfähigkeit besser steuern zu können, werden Controlling- und Benchmark-Prozesse kontinuierlich fortentwickelt.

Die Betriebsvereinbarung „Mobile Arbeit“ soll nach einer angemessenen Zeit evaluiert und bedarfsorientiert weiterentwickelt werden, um für geeignete Arbeitsplätze mobile Arbeit zu ermöglichen.

Bei der Beschaffung von Dienstkleidung für städtische Beschäftigte wird auf eine faire Beschaffung nach gängigen Fairtrade-Standards geachtet, sofern diese erhältlich und gleichermaßen geeignet ist.

Sicherheit / Ordnung / Demokratie

Ziel der Koalition ist eine sichere und saubere Stadt. Wir wollen alle Mitmenschen und Minderheiten wirkungsvoll vor Diskriminierung schützen, damit sich jede Essenerin und jeder Essener unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder Identität, Religion oder Weltanschauung, rassistischer Zuschreibungen, sozialem Status, Alter oder einer Behinderung in unserer Stadt wohl und sicher fühlt, sich frei entfalten und gleichberechtigt teilhaben kann.

Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit

Wir setzen uns ein für eine sichere und saubere Stadt mit einer lebendigen Innenstadt und attraktiven Quartieren.

Es wird ein Kriminalpräventiver Rat als Koordinations- und Beratungsgremium eingerichtet, der vielfältige Expertise einbezieht.

Wir wollen sogenannte Szeneansammlungen der Trinker- und Drogenszene vermeiden, insbesondere am Eingang unserer Innenstadt, in den Stadtteilzentren und Orten für Familien (z.B. Kinderspielplätzen). Solche Szeneansammlungen können durch öffentlichen Konsum von Alkohol oder Drogen ein Stör- und Angstgefühl bei Passantinnen und Passanten verursachen und das wollen wir verhindern. Zugleich wollen wir begleitende soziale Maßnahmen als Hilfe aus Sucht und Obdachlosigkeit anbieten (z.B. „Pick Up“ Projekt o.ä.).

Bei der Planung, Gestaltung und Pflege des öffentlichen Raumes soll künftig noch stärker auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Essenerinnen und Essener geachtet werden, durch Vermeidung von Monostrukturen, Belebung von Problemimmobilien, ansprechender Gestaltung und der Erhöhung von Aufenthaltsqualität (z.B. durch Begrünung, Schaffung von Sitzgelegenheiten, ausreichende Beleuchtung).

Wir setzen uns für eine Ausweitung des im Rahmen der „Sozialen Stadt“ erfolgreichen Quartiermanagements auf weitere Stadtteile ein.

Wir setzen auf eine weitere Verstärkung der Doppelstreife und des Kommunalen Ordnungsdienstes (mindestens 6 neue KOD-Stellen pro Jahr) mit einer aufkommens- und anlassbezogene Kräfteverteilung. Wichtig ist, dass die Ausbildung fortentwickelt und Ausrüstung der Einsatzkräfte ständig verbessert wird. Die Auswahl und Anzahl moderner Fortbewegungsmittel - ggf. ergänzt auch durch z.B. E-Bikes - sind zu erweitern.

Zum Erhalt von Veranstaltungsformaten sollen ehrenamtliche Vereine und Verbände (z.B. IGR, ICS Steele, Rosenmontagszug, Ruhr CSD) Unterstützung erhalten, z.B. durch Beratung bei der Entwicklung von Sicherheitskonzepten oder im Rahmen der Möglichkeiten, etwaig durch vergünstigte Zurverfügungstellung von Terrorsperren.

Jede Form organisierter Kriminalität, wachsender Aggressivität und Respektlosigkeit insbesondere gegenüber Rettungs- und Ordnungskräften müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Nachhaltige Ermittlungserfolge, konsequente Verfolgung und Bestrafung sind für uns maßgeblich zur Kriminalitätsbekämpfung. Dazu braucht es ein eng koordiniertes Vorgehen von Polizei, Ordnungs- und Finanzbehörden. Parallelgesellschaften jenseits unserer Rechtsordnung - ob großfamiliäre, mafiöse oder extremistische Strukturen -, tolerieren wir nicht. In enger Zusammenarbeit mit den Landesbehörden sind wirksame Maßnahmen insbesondere gegen organisierte Kriminalität zu entwickeln.

Der Einsatz von polizeilicher Videobeobachtung am Rheinischen Platz ist erfolgreich. Eine polizeiliche Videobeobachtung im öffentlichen Raum kann weiterhin bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen von §15a des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes eingesetzt werden. Sobald die Straftaten zurückgehen, ist ein Abbau der Videokameras zu prüfen. Weiterhin soll geprüft werden, ob der Einsatz moderner Überwachungsverfahren unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit Einsatz künstlicher Intelligenz unter Berücksichtigung des Datenschutzes auch für Essen in Betracht kommt.

Bei der Abschiebung kriminell gewordener ausländischer Staatsangehöriger wird geltendes Recht angewendet.

Es werden weitere folgenlose Geschwindigkeitsmessenanlagen angeschafft.

Der Aktionsplan „Essen bleib(t) sauber“ wird weiterentwickelt. Maßnahmen gegen illegale Müllentsorgung und gegen den ungeregelten Automarkt im Essener Norden werden ausgeweitet. Aktionen wie Pico Bello und WasteWalk sollen unterstützt und weiter ausgebaut werden.

Die Sicherheit und Sauberkeit auf Spielplätzen muss gewährleistet sein. Dazu gehört auch eine konsequente Durchsetzung des Rauchverbots.

Das Projekt der Parkhüterinnen und Parkhüter als wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für die Parkbesuchenden und zur Verhinderung von Vermüllung und Vandalismus soll im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Bundesprogramme fortgesetzt werden.

Wir wollen die EBE effizienter aufstellen. Das umfasst insbesondere die Reinigung und das Sauberhalten von Müll- und Recycling-Containerstandorten sowie eine ausreichende Leerung von öffentlichen Müllbehältern. Die Einführung moderner, versenkbarer Müll- und Recyclingbehälter ist zu prüfen.

Wir wollen eine Graffiti-Task-Force einrichten, um illegale Schmierereien unmittelbar zu beseitigen. Graffiti von Künstlerinnen und Künstlern an dafür vorgesehenen Orten stellen jedoch eine Kunstform dar.

Demokratie / Antirassismus

In Essen leben Menschen in Vielfalt zusammen. Menschen sind unterschiedlich, aber gleich an Würde und Rechten - diese wollen wir schützen. Wir wollen den Zusammenhalt weiter stärken, friedliches Zusammenleben und wechselseitigen Respekt fördern.

Das Projekt „Wegweiser“ gegen Islamismus und Salafismus soll zur Kompetenzstelle gegen alle Formen des Extremismus ausgebaut und dementsprechend ergänzt werden.

Weiterhin entwickeln wir ein städtisches „Handlungsprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Dieses Handlungsprogramm richtet sich gegen alle Formen von Extremismus und enthält konkrete Maßnahmen u.a. zur Sensibilisierung, Information, Aufklärung und (Weiter-) Bildung. Der Gefahr, die vom Rechtsextremismus für unsere Demokratie ausgeht, wollen wir konsequent entgegentreten.

Das „Handlungsprogramm für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ wollen wir im Dialog mit der LGBTI*-Community - u.a. durch die Koordinierungsstelle LGBTI*- kontinuierlich weiterentwickeln.

Das Bundesprojekt „Demokratie leben!“ wollen wir in unserer Stadt fortsetzen und die zur Verfügung stehenden Bundesmittel ausschöpfen.

Klima-, Umwelt- und Naturschutz

Die Kooperationspartner sehen den Schutz der Umwelt und des Klimas als die große Herausforderung unserer Generation an. Es geht dabei um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Das große Ziel ist die Klimaneutralität. Das bedeutet, unter dem Strich nicht mehr Treibhausgase auszustoßen, als absorbiert werden können. Daher haben für uns Klimaschutzmaßnahmen hohe Priorität.

Zugleich wollen wir die wirtschaftlichen Potentiale, die sich durch Investitionen in klimaschützende Maßnahmen ergeben, weiter heben. Dabei wollen wir die Menschen in unserer Stadt mit auf den Weg nehmen und zeigen, dass wir für ein mehr an Klimaschutz nicht unseren Wohlstand in Essen, Deutschland und Europa aufgeben müssen.

Deshalb sollen aus dem bereits auf den Weg gebrachten Fachgutachten für „Klimaneutralität“ im Rahmen des Aktionsplans für nachhaltige Energie und Klima (SECAP) konkrete Wege und Maßnahmen abgeleitet werden, damit Essen seinen Beitrag zur Einhaltung des von Deutschland ratifizierten Klimaziels von Paris leistet.

Klimaanpassungsmaßnahmen sollen quantitativ und qualitativ erhöht werden z.B. durch ein besseres Baummanagement (Baumadapt) und Wassermanagement, die Schaffung von mehr Wasser- und Verdunstungsflächen („Schwammstadt“), mehr Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelungen.

Wir setzen uns für eine verstärkte energetische Sanierung von Gebäuden ein. Dazu wollen wir für Private Anreize schaffen und die Beratung ausweiten.

Im Einflussbereich der Stadt Essen soll der Anteil von regionalen bzw. ökologisch erzeugten Lebensmitteln sowie von vegetarischen und veganen Speisen erhöht werden. Dies soll insbesondere durch verstärkte Informationen und bessere Präsentationen erreicht werden.

Grün und Gruga soll ein besseres Erscheinungsbild von öffentlichen Grünanlagen, Bäumen, Baumbeeten durch regelmäßige Pflege und Unterhaltung etc. sicherstellen.

Das Programm „Neue Wege zum Wasser“ wollen wir von der Ruhr bis zum Rhein-Herne-Kanal fortsetzen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf den Baldeneysee und sein Umfeld gelegt werden.

Es soll mehr Fassaden-, Dach- und Innenhofbegrünung erreicht werden.

Wir wollen Biodiversität erhalten und vergrößern, u.a. durch Umsetzung des beschlossenen Aktionsplans für Insekten- und Vogelschutz.

Mit Hilfe eines Programms („1000 neue Bäume“) sollen neue Stadtbäume gepflanzt und bestehende erhalten werden. Dabei sollen auch die Ergebnisse des Projektes BaumAdapt berücksichtigt werden.

Bürgerschaftliches Engagement im Umweltbereich (wie z.B. Baum- und Beetpatenschaften) wollen wir fördern. Zur Unterstützung der Essener Kleingärtnerinnen und Kleingärtner wurde das Kleingartenentwicklungskonzept auf den Weg gebracht. Darüber hinaus sollen auch Urban-Gardening Initiativen unterstützt werden.

Die Anpassung an den Klimawandel (Anpflanzung klimaresilienter Arten) und eine Erhöhung der Biodiversität bleiben wesentliche Ziele der Bewirtschaftung des Essener Waldes.

Das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt soll mit dem Ziel einer verstärkten Abfallvermeidung (z.B. bei Großveranstaltungen) sowie möglichst höherer Erfassungs- und Verwertungsquoten bei Wertstoffen fortgeschrieben werden. Wir prüfen, ob die mit der Biotonne erfassten Abfälle einer klimaverträglicheren Vergärung mit Biogas-Nutzung zugeführt werden können.

Die besondere Bedeutung des Tierschutzes unterstreichen die Kooperationspartner durch die Einrichtung einer/eines ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten des Essener Rates.

Energie

Solaroffensive / Energieberatung

Die Stadt startet zusammen mit den Essener Stadtwerken eine Solaroffensive zum Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie.

Die Energieberatungsstruktur soll gestärkt werden, wobei eine Bündelung der verschiedenen Beratungsangebote, wenn möglich an einem Ort, angestrebt wird (z.B. durch ein PPP-Modell).

Es wird ein Mieterstrom-Pilotprojekt beim Allbau angestoßen, um den Menschen zu zeigen, wie dies funktionieren kann.

Künftige Ausrichtung der Stadtwerke / Beteiligungen

Die Stadt entwickelt zusammen mit den Stadtwerken Essen und der Ruhrbahn eine Wasserstoffstrategie mit der Zielperspektive einer ausschließlichen Nutzung von grünem Wasserstoff, wenn dieser in ausreichendem Maße verfügbar ist.

Die Fernwärme soll ausgebaut werden unter Einbeziehung klimaneutraler Energien (Biomasseheiz- und Kraftwerke, Geothermie, Abwässer etc.). Zudem sollen künftig Nahwärmeinseln in Gewerbe- und Wohngebieten stärker genutzt werden.

Kooperationsmodelle mit anderen Stadtwerken aus der Region werden geprüft und Best-Practice-Modelle möglichst auch für Essen übernommen.

Wir streben an, dass neben der Stadt auch die Beteiligungen künftig Ökostrom einsetzen.

Förderung emissionsfreier Mobilität

Es soll eine Umstellung des Fuhrparks der Stadtverwaltung und der städtischen Beteiligungen auf umweltfreundliche Antriebe, wie zum Beispiel Elektromotor (Batterie) oder Brennstoffzelle, erfolgen. Bei Spezialfahrzeugen sind die Kosten zu klären. Drittmittel sollen eingeworben werden und in der Zeitschiene auf eine Realisierbarkeit geachtet werden.

Die Förderung der E-Mobilität im Stadtgebiet und Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur (E-Bikes und E-Autos, Wasserstoff-Tankstellen) soll verstärkt werden.

Wirtschaft

Essen als Wirtschaftsstandort attraktiv halten

Die Kooperationspartner bekennen sich zum Wirtschafts- und Industriestandort Essen. Neben den „klassischen Unternehmen“ wollen wir die Ansiedlung von Unternehmen in den Bereichen moderner und nachhaltiger Technologien besonders unterstützen. Ziel der städtischen Wirtschaftspolitik ist, gerade in Zeiten der Corona-Pandemie und des Umbruchs durch die Digitalisierung sowie der zunehmenden Abkehr von fossilen Energieträgern, möglichst viele Menschen in qualifizierte Arbeit zu bringen.

Förderung von Existenzgründungen

Im Wettkampf um Unternehmensansiedlungen in Essen wollen wir Existenzgründungen besonders fördern. Wir wollen mehr Gründergeist entfachen und eine Gründungsinitiative für Essen auf den Weg bringen. Hierbei kommt dem ruhr:HUB eine wichtige Bedeutung zu; eine Bündelung und Koordinierung der Beratungsangebote für Start-Ups ist notwendig; die Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg-Essen bei Existenzgründungen sollte gestärkt werden. Das Triple Z soll als städtische Einrichtung (mit Privaten) zur Förderung von Existenzgründung gestärkt werden und mehr städtische Räumlichkeiten für Start-ups anbieten.

Medizin- und Gesundheitsstandort

Wir wollen dazu beitragen, dass die Essener Gesundheitswirtschaft ihre nationale und internationale Bedeutung als maßgeblicher Wirtschaftsfaktor in Essen weiter festigen und ausbauen kann.

Netzwerke und Kooperationen

Wir halten Netzwerke und Kooperationen (Spitzencluster Industrielle Innovationen, Greentech.Ruhr, Ruhr-Konferenz-Projekte, aber auch Reallabore) für wichtige Bausteine die im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung unterstützt werden sollen.

Nachhaltige Beschaffung

Das nachhaltige Beschaffungsmanagement der Stadt und dessen Fortentwicklung wird ausdrücklich unterstützt.

Ethnische Ökonomie

Das Potenzial der Zugewanderten in Essen soll zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und zur Förderung des Ausbildungs- und Beschäftigungspotenzials (ethnische Ökonomie) besser genutzt werden. Dafür sollen ggf. bestehende Kooperation optimiert und weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit z.B. mit den Kammern und der IHK niederschwellig gefördert werden.

Wasserstoffstrategie / Green Deal

Mit der Sektorenkopplung und Einstieg in eine Wasserstoffwirtschaft, Power-to-X, Speicher-Technologien soll innovativer Industrie in Essen eine Schlüsselrolle zukommen, um Essen klimaneutral zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit in der Region weiter auszubauen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet auch im kommunalen Umfeld große Potentiale. Diese wollen CDU und Grüne gemeinsam heben und die Stadt Essen zu einer echten Smart City machen. Digitalisierung ist aber kein Selbstzweck. Vielmehr soll sie ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen dienen. Um diese Querschnittsaufgabe zu meistern, setzen wir uns für die Entwicklung einer regionalen Digitalstrategie und einer kommunalen Smart City Strategie ein.

E-Government, Open Government und E-Participation

Mit hoher Priorität wollen wir Verwaltungsprozesse für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen digitalisieren und vereinfachen. E-Government, Open Government und E-Participation müssen dazu auch in Essen gelebt werden. Unser Ziel ist das digitale Bürgeramt, damit die Bürger die Vorzüge der Digitalisierung unmittelbar erleben. Teilhabe, Integration und Inklusion werden dabei digital, wie auch analog sichergestellt. Das Onlinezugangsgesetz soll konsequent umgesetzt werden.

Digitale Daten-Vernetzung

Daten sind der Schlüssel für hervorragende Services und Innovationen. Daher ist die souveräne und vernetzte Nutzbarmachung von Daten (auch Open Data) und die „Digitale Souveränität“ zu fördern. Bei der Einführung und Realisierung von Software soll auch grundsätzlich geprüft werden, ob ein Open Source Ansatz fachlich, betrieblich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Ausbau von digitalen Infrastrukturen

Der flächendeckende Ausbau von digitalen Infrastrukturen (z.B. Glasfasernetz und 5G) ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Stadt soll den vereinfachten Aufbau von Netzinfrastruktur auf städtischen Gebäuden ermöglichen. Wir begrüßen das Engagement der Stadtwerke im Bereich des LoRa-WAN-Netzes, das ein wesentlicher Treiber für eine Vielzahl smarter Anwendungen in unserer Stadt sein kann.

CONNECTED.ESSEN

Die Plattform bzw. Initiative CONNECTED.ESSEN führt an der Digitalen Transformation der Stadt Essen beteiligte Akteure zusammen und setzt die Digitalisierungs- und Smart City-Strategie der Stadt Essen um. Dabei ist eine Offenheit für digitale Anwendung und übergreifende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln sowie Silodenken zu überwinden.

Etablierung des ruhr:HUB

Auf Ebene des Ruhrgebiets machen wir uns für eine Etablierung des ruhr:HUB als clevere und zukunftsfähige Vernetzung der Wirtschaft, Wissenschaft und Start-ups stark und entwickeln es zu einem Hotspot für digitale Innovationen. Das Ruhrgebiet wollen wir zu einem wesentlichen und sichtbaren Bestandteil der deutschen Start-up-Landschaft entwickeln.

Einsatz von Geoinformationssystemen

Baugenehmigungsverfahren sollen beschleunigt und vereinfacht werden. Erstrebenswert ist hierfür der verstärkte Einsatz von Geoinformationssystemen (GIS) und Building Information Modeling (BIM) zur vernetzten Planung, Ausführung und Bewirtschaftung von Gebäuden.

Arbeit und Soziales

Die Stadt Essen ist ein Sozialer Raum, in dem wir leben, wohnen, arbeiten und unsere Freizeit gestalten. Essen ist ein Ort, in dem facettenreiche Entfaltung möglich ist und besteht aus mehr als nur aus der Summe seiner unterschiedlichen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Uns ist dabei sehr bewusst, dass Stadtgesellschaft nur im „gemeinsamen MITEINANDER“ gelingen kann. Grundüberzeugung, Anspruch und politische Handlungsmaxime unserer Sozialpolitik ist es daher, Menschen, die in Not geraten sind, nicht alleine zu lassen.

Die politische Agenda für die nächsten Jahre in der Arbeits-, Sozial-, Integrations- und Jugendhilfepolitik beinhaltet daher die prioritären Zielsetzungen, die gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen, die Integration in den Arbeitsmarkt weiter zu verbessern, die bestmögliche gesundheitliche Versorgung und Pflege in allen Stadtteilen zu gewährleisten und die Rahmenbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigungen sukzessive weiter zu optimieren. Mit einer modernen Integrationspolitik wollen wir zur weiteren Vertiefung des Zusammenlebens in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft beitragen.

Langzeitarbeitslosigkeit

Wir wollen durch geeignete Maßnahmen den Fachkräftemangel, und die verstetigte Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren und für die Integration von rechtlich anerkannten Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten in den ersten Arbeitsmarkt Sorge tragen.

Wir wollen die Fortsetzung und die Intensivierung der arbeitsrechtlichen Maßnahmen des §16e und §16i aus dem SGBII, um Langzeitarbeitslosen die Rückkehr in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen, u.a. mit der Prüfung folgender Projekte zur Umsetzung: Graffiti-Task-Force, Umweltmaßnahmen im Folgekonzept „Grüne Hauptstadt“.

Wir setzen uns ein für die Fortführung und Weiterentwicklung des Modells Essener Konsens, insbesondere für die Klientengruppe Menschen mit psychischer Beeinträchtigung sowie Suchterfahrung.

Aus- und Weiterbildung

Wir wollen die „Duale Ausbildung“ stärken sowie die Jugendberufsagentur und das Projekt Ausbildungsmesse weiterentwickeln, um Ausbildungssuchende passgenauer mit den Unternehmen zusammenzuführen.

Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der veränderten Bedingungen des Arbeitsmarktes werden wir optimieren und fördern.

Wir werden die Arbeitsmarktstrategie 2025 weiterentwickeln sowie eine zukünftig jährlich stattfindende Arbeitsmarktkonferenz unter Beteiligung der Ratsfraktionen etablieren. Wir setzen uns ein für den Aufbau einer „Informationsagentur Ausbildungsförderung“ für Unternehmen, die unter Führung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geleitet werden.

Sozialdumping und Sozialmissbrauch

Wir sind für ein geschlossenes Auftreten gegen Sozialdumping und Sozialleistungsmissbrauch – dabei unterstützen wir die handelnden Akteure wie Stadtverwaltung, Polizei und Zoll.

Tariftreue- und Vergabegesetz

Wir wollen eine zentrale Vergabestelle der Stadt Essen unter Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW und unter Beachtung sozialer Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen realisieren. Die dazu getroffenen Regelungen sollen branchenübergreifend formuliert werden.

BürgerRathaus

Wir unterstützen die Planungen zum BürgerRathaus Essen unter der Maßgabe einer Deckelung des Kostenrahmens.

Frauenhaus

Wir werden den Betrieb des Frauenhauses Essen im Kontext der gestiegenen Anforderungen (Erweiterung um drei zusätzliche Frauen- bzw. Familienplätze; Erhöhung des städtischen Zuschusses um 16.000 Euro) sichern. Die Stadt Essen setzt sich für eine Clearingstelle Ruhr als Akutenaufnahmestelle im Ruhrgebiet ein.

Beteiligungsunternehmen

Wir planen eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Sozialen Beteiligungsunternehmen der Stadt Essen (u.a. Suchthilfe Essen, EABG, Jugendhilfe gGmbH) insbesondere mit Blick auf Tarifsteigerungen.

Streetwork und Obdachlosenhilfe

Wir setzen uns ein für eine Anpassung und Aufstockung der Streetworker-Stellen (Obdachlosenhilfe, Drogenhilfe) an die gestiegene Bedarfssituation unter Berücksichtigung der Ausdehnung der Tätigkeitsbereiche auf die Stadtteile. Wir sind für die Einführung eines Unterausschusses Wohnungsnot (ASAGI).

Gemeinsam unterstützen wir housing first-Modelle in der Wohnungslosenhilfe wie z.B. beim Wohnungslosenprogramm „Sta(d)tt-Brücke“ (CVJM Essen Sozialwerk gGmbH/Stadt Essen) und der Initiative "Endlich ein Zuhause" des Landes Nordrhein-Westfalen.

Inklusion

Wir sind für die Einführung der Position „Inklusionsbeauftragte(r)“ in allen neun Bezirksvertretungen sowie für die Einrichtung eines Inklusionsbeirates.

Wir wollen einen Inklusionspreis der Stadt Essen ins Leben rufen.

Zusammen mit der Universität Duisburg-Essen („Wattenscheider Modell“) werden wir einen barrierefreien Innenstadtplan bzw. eine App erarbeiten.

Wir sind für die Einführung einer Störungsmelder- und Informationsapp für Fahrstühle und Rolltreppen im Nahverkehr (VRR weit).

Gesundheit

Gesundheitsversorgung

Wir sind für die Weiterentwicklung des Standortes Marienhospital zu einem integrierten Gesundheitszentrum und für die Einrichtung eines Zentrums für kommunale Gesundheitsförderung (Schwerpunkt Gesundheitsförderung und Prävention, umfassende ambulante, teilstationäre und fachärztliche Versorgung in Kombination mit Angeboten der Vorsorge, Prävention und Therapie sowie einer interdisziplinäre Frühförderstelle).

Die Koalition unterstützt die Verwaltung dabei, die Überlegungen für ein neues trägerübergreifendes bundesrepublikanisches „Musterkrankenhaus – stationär, ambulant, digital“ im Zentrum des Essener Nordens voranzutreiben.

Wir unterstützen ebenso eine gleichmäßige fachärztliche Verteilung und Versorgung im gesamten Essener Stadtgebiet.

Fachplan Gesundheit

Beginnend im Bezirk V (als Pilotprojekt mit Modellcharakter) wollen wir perspektivisch für die gesamte Stadt einen „Fachplan Gesundheit“ erstellen.

Prävention

Wir fördern die Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen sowie Präventionsprojekte an Schulen und in Vereinen, z.B. Gesundheits-Coaching.

Alter und Pflege

In allen Stadtteilen wollen wir die stationäre und ambulante Versorgungssituation pflegebedürftiger Menschen verbessern und fördern. Wir setzen uns ebenso für eine Optimierung der Kurzzeitpflege und Tagespflege ein.

Die Konferenz Alter und Pflege werden wir mit Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen aus dem ASAGI besetzen.

Digitalisierung

Zum Thema „SMART-Hospital und Digitalisierung der Medizinwirtschaft“ fördern und fordern wir die Entwicklung eines Schnittstellenmanagements zu den niedergelassenen Ärzten, Krankenkassen und den stationären Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren.

Seniorinnen und Senioren

Wir sind für die Einführung des Angebots eines Seniorenbesuchsdienstes sowie für die bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Zentren 60+ mit interkulturellen Kompetenzen. Wir unterstützen die seniorengerechte Optimierung der öffentlichen sozialen Infrastruktur unter der Maßgabe „Lieber daheim statt im Heim“.

Wir setzen uns ein für die Priorisierung eines barrierefreien Bauprinzips (barrierefreies Wohnen) und für den Ausbau der Barrierefreiheit in städtischen Gebäuden.

Wir unterstützen den Ausbau und die Etablierung von altersgerechten Wohnquartieren (alternative Wohnformen – Mehrgenerationenhäuser).

Im JobCenter Essen wollen wir eine qualifizierte Ansprechstelle für berufliche Ruheständler einrichten.

Jugendhilfe

Kinder- und Jugendarbeit

Wir sind für die Neustrukturierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen den Ausbau der gesamtstädtischen Jugendstrategie mit inklusiven Angeboten erreichen. Wir sind für die Durchführung eines Jugendforums in allen Stadtteilen (alle zwei Jahre) sowie eines Jugendfestivals für Demokratie und Weiterführung des Projekts „MitWirkung!“ sowie für die Weiterentwicklung der Gebäudeinfrastruktur für die kommunale Jugendarbeit. Das städtische Konzept für Jugendtreffs sowie Angebote im Bereich Sport und Bewegung wollen wir ausbauen.

Wir wollen eine bessere Beteiligung und kindgerechte Partizipationsmöglichkeiten schaffen und ins Heute übertragen (Einbeziehung der Servicestelle für Kinder und Jugendbeteiligung NRW, Wiederbelebung des Projektes „Mehr Freiraum für Kinder. Ein Gewinn für alle!“).

Wir werden die Auswertung des Kinder- und Jugendberichts bei der Universität Duisburg- Essen als Projektarbeit in Auftrag geben und daraus Handlungsempfehlungen für Kinder-/Jugendbeauftragte-/r entwickeln.

Kinderarmut, Kinderschutz und Kindergesundheit

Wir wollen die Kinderarmut in unserer Stadt spürbar senken und den Kinderschutz sowie die Kindergesundheit ausbauen.

BuT-Mittel

Die Kooperationspartner werden alle geeigneten Mittel dazu ergreifen, auch unter Einbezug neuer, digitaler Angebote der Stadt Essen (z.B. Bildungskarte, Bildungs-App), den Anteil der Bezugsberechtigten an BuT-Mitteln nachhaltig und signifikant zu steigern, insbesondere in den Bereichen soziale und kulturelle Teilhabe.

Kitas

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuung wollen wir gewährleisten (auch für Maßnahmenteilnehmer/-innen). Wir wollen die Stärkung der Fachberatung, Qualitätssteigerung, Evaluation sowie die Erweiterung der Kita-Öffnungszeiten und die Verknüpfung mit anderen Hilfesystemen erreichen.

Der Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen in der Tagespflege sowie in den Kindertagesstätten wird konsequent fortgeführt und die Ausbildung von qualifiziertem Personal (auch mit interkulturellen Kompetenzen) fortgesetzt. Die Familienzentren sollen weiterentwickelt werden. Der Zugang bei der Vergabe von Kitaplätzen muss transparenter und benutzerfreundlicher werden.

Quartiersmanagement

Wir wollen quartiersbezogene Arbeit stärken. Hierzu wollen wir vorhandene Projekte zu einem gesamtstädtischen Konzept der quartiersbezogenen Arbeit zusammenfassen. Unter Einbezug bestehender Projekte soll die Quartiersarbeit auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden um vor Ort eine bedarfsorientierte, sozialräumliche, fachgerechte, pädagogische Arbeit zu leisten. Ziel ist es, die vielfältigen Aufgaben von Vermüllungsproblemen bis hin zu Vernetzungsarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, Schulen sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren der Quartiere bedarfsgerecht und zielorientiert umzusetzen.

Integration

Wir unterstützen den dauerhaften und nachhaltigen Zusammenhalt in Essen durch eine lebendige Integration auf der Grundlage des Grundgesetzes und unserer liberalen Werteordnung als Charta des Zusammenlebens.

Kommunale Ausländerbehörde

Perspektivisch wollen wir die kommunale Ausländerbehörde an einem zentral gelegenen Standort in Essen etablieren (inklusive einer technischen Aufrüstung).

Kommunales Integrationszentrum

Wir stehen für die inhaltliche, personelle und finanzielle Weiterentwicklung des Kommunalen Integrationszentrums.

Integrationsrat

Die Rolle des Integrationsrates als Gremium der Interessenvertretung von Migrantinnen und Migranten auf politischer Ebene wollen wir stärken durch die Einführung eines eigenen rechtskonformen Finanzbudgets.

Wir wollen die Einführung eines eigenständigen politisch freiverfügbaren Integrationsbudgets in Nachfolge des Innovationshaushaltes für den Fachausschuss ASAGI erreichen.

Integrationsprojekte und Integrationsmonitoring

Wir stehen für die langfristige finanzielle Absicherung des Projektes „Arche Noah“ und wollen dabei den kommunalen Zuschuss auf 100.000 Euro deckeln.

Wir sind für die Optimierung des Integrationsmonitorings, die regelmäßige Überprüfung aller Integrationsmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit und für die Überführung evaluiert guter Integrationsprojekte in die Regelstruktur.

Milieu-Studien

Milieu-Studien wollen wir als interdisziplinäre Grundlage für zukünftige Stadtplanungs- und Bauvorhaben nutzen.

Zusammenarbeit und Finanzierung von Organisationen, Institutionen und Verbänden

Zukünftig verstärken wir die Zusammenarbeit mit liberal-rechtsstaatlich konformen religiösen und nicht-religiösen Organisationen, Institutionen und Verbänden.

Die Zusammenarbeit mit islamischen Verbänden, die vom Ausland aus beeinflusst und finanziert werden, werden wir überprüfen.

Wir sind für die Entwicklung neuer Vergaberichtlinien zur Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen oder religiösen Institutionen und Organisationen. Alle werden auf etwaige Finanzierung oder Einfluss aus dem Ausland hin überprüft.

Zukünftige städtische Förderung wollen wir ausschließlich für die islamischen Gemeinden verwenden, deren Imame an den dafür eingerichteten Fakultäten für islamische Theologie an deutschen Universitäten ausgebildet worden sind.

Sprachförderung

Wir wollen die Einführung einer flächendeckenden Schulvorbereitung für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse erreichen.

Sprachkurse

Die Sprachkurse des Bundes sollen unter Federführung des Kommunalen Integrationszentrums bedarfsgerecht mit den Angeboten der Kommunen ergänzt werden.

Duldungen

Den Ausbau des Essener Modells für Geduldete auf weitere Zielgruppen und ältere (über 27 Jahre) begrüßen wir ausdrücklich. Eine Evaluation des bisherigen Projektes soll dabei helfen, das Modell weiterzuentwickeln. Voraussetzung für das Gelingen des Modellprojektes ist und bleibt die Kooperation der Betroffenen bei Klärung ihrer Identität. Wir regen an, zeitliche Befristungen von Duldungen grundsätzlich, bei gleichbleibenden rechtlichen Bedingungen, für die Dauer des maximal rechtlich möglichen Rahmens von sechs Monaten auszustellen. Die Ausstellung eines rechtssicheren Status erfolgt unter den Bedingungen der Erfüllung der Kooperationsleistungen der Betroffenen in einem zeitlich zumutbaren Rahmen.

Das Modellprojekt wollen wir unterstützen, indem wir unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände die Kontaktaufnahme zu den Klienten optimieren.

Aufnahme von Flüchtlingen

Wenn der Bund eine entsprechende Regelung ermöglicht, nehmen wir 50 Menschen (inklusive Familiennachzug) aus Moria auf.

Kultur

Kultur ist ein existentiell notwendiges Lebensmittel für jede Gesellschaft und ein bedeutender Tourismus- und Wirtschaftsfaktor der Kulturhauptstadt Essen. Zugang zu und Teilhabe an Kultur muss dementsprechend allen Menschen gleichberechtigt möglich sein. Deshalb werden wir Projekte mit sozialem und inklusivem Charakter fördern, Bildung und Vermittlung der institutionellen Kultureinrichtung stärken und die Freie Kulturszene sichern. Kultur ist Ausdruck des Selbstbewusstseins der Stadtgesellschaft und ein wichtiger Faktor der Stadtentwicklung. Dies gilt für unsere national und international ausstrahlenden Einrichtungen ebenso wie für die Einrichtungen der kulturellen Bildung und Vermittlung.

Kultur in Zeiten der Corona-Pandemie

Die aktuelle Situation ist stark durch die Veränderungen und Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie geprägt. Um eine situationsgerechte Begleitung durch die Politik zu gewährleisten, werden wir kurzfristig eine ständige Berichterstattung zu den Corona-Auswirkungen sowie einen schriftlichen Sachstandsbericht dazu beantragen, in welchem Umfang die Fördermöglichkeiten von Stadt, Land und Bund durch Essener Antragsteller genutzt wurden. Insbesondere freie Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende sind in ihrer Existenz bedroht. Um Auftritte und Proben unabhängiger von Pandemien und anderen nicht vorhersehbaren Ereignissen zu machen, soll die Verwaltung bereits für 2021 gemeinsam mit freien und institutionellen Kultureinrichtungen eine Plattform erstellen mit corona-gerechten, kreativen Freiflächen und alternative Räumen, wie zum Beispiel Grugabad, Zeche Zollverein, Messegelände, Parks, Schul-Aulen, Gemeindesäle und Turnhallen. Kunst, Musik, Theater im öffentlichen Raum steigert die Attraktivität der Kultur-Metropole Essen, beleben die Stadtgesellschaft und fördern den Austausch.

Theater und Philharmonie (TUP)

Wir wollen weiterhin die fünf Sparten der TUP bei hoher künstlerischer Qualität erhalten. Die Herausforderungen hinsichtlich der räumlichen Situation bei Proberäumen, Werkstätten und kleinen Spielstätten sind durch die TUP in Zusammenarbeit mit der Immobilienwirtschaft und der Immobilien Management Essen GmbH (IME) anhand einer Bedarfsermittlung, Konzepterstellung sowie eines Finanzplans kurzfristig anzugehen. Mittelfristig soll eine bedarfsorientierte Lösung realisiert werden. Innovative Ideen und Konzepte sind willkommen. Neue Räumlichkeiten sollen multifunktional genutzt werden. Gerade im Hinblick auf Digitalisierung und Kooperationen der Spielstätten. Dazu werden alle möglichen finanziellen Förderungen von EU, Bund und Land genutzt.

Institutionelle Förderung

Freie Kultureinrichtungen sowie die Breiten- und Laienkultur sind ein wesentlicher Bestandteil der Essener Kulturszene. Um freie Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende besser abzusichern, werden wir die institutionelle Förderung kontinuierlich stärken (2,5 Prozent pro Jahr).

Kulturelle Bildung

Gemäß der Maxime eines „lebenslangen Lernens und qualifizierter Erwachsenenweiterbildung“ werden die Angebote der Volkshochschule (VHS), der Folkwang Musikschule und des Hauses der Geschichte weiterentwickelt. Wir setzen hierbei darauf, dass die Zusammenarbeit der Institutionen auch mit anderen Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden ausgebaut werden.

Kulturelle Bildung soll von frühester Jugend an in Essen als integrales, notwendiges Element von Allgemeinbildung für jeden verstanden werden. Hierzu erwarten wir ein Konzept für Kitas und Grundschulen mit möglichst verbindlichen Angeboten für alle Kinder und Jugendliche. Dabei unterstützen wir die Zusammenarbeit der Kultur-, Jugend-, und Schulverwaltung mit den Essener Kulturinstitutionen, wie Folkwang Musikschule, TUP, Museum Folkwang, Kinos, sowie mit freien Künstlerinnen und Künstlern. Dafür sollen die Bereiche Bildung und Vermittlung der institutionellen Kultureinrichtungen personell und finanziell gestärkt werden.

Kultur und Tourismus

Kultur ist spätestens seit unserem Titel als Kulturhauptstadt im Jahr 2010 ein bedeutender Wirtschafts- und Tourismusfaktor. Essen ist als Kulturstandort mitten im Herzen von Europa ein Anziehungspunkt für Touristinnen und Touristen, die immer häufiger ausgezeichnete Freizeitaktivitäten in Essen und dem Ruhrgebiet mit dem attraktiven kulturellen Angebot und unseren vielfältigen Übernachtungsmöglichkeiten kombinieren. Diese Standortstärke ist durch enge Zusammenarbeit des Kulturamtes mit der Essen Marketing GmbH wie auch dem Regionalverband Ruhr auszubauen. Als Schnittstelle ist hierbei der Bereich Kulturmarketing im Kulturamt anzusiedeln.

Kultur in der Innenstadt und im Kreativ Quartier City Nord.Essen

Den Leerstand in der Innenstadt begreifen wir als Chance für die Kreativ- und Kulturwirtschaft. Auch Existenz-Gründer-Ideen der Musik- und Kunstszene sollen am „Sofortprogramm Stärkung der Innenstädte und Zentren in NRW 2020“ partizipieren. Kulturförderung soll auch dem Aufbau von Existenzen und als Anschubfinanzierung für sich selbst tragende Kulturprojekte dienen.

Unter dem Aspekt „Kultur in die Innenstadt bringen“ ist das Kreativ Quartier City Nord.Essen bereits seit Jahren erfolgreich. Wir fördern auch weiterhin die künstlerischen und kreativen Initiativen sowie deren Gestalter. Ein Sachstandsbericht zu den Ateliers Schützenbahn und Viehofer Straße bilden die Grundlage, um sich mit einer eventuellen Neuausrichtung der bildenden Kunst- und Atelierförderung zu beschäftigen und geeignete städtische Immobilien für deren Aktivitäten zu finden. Um die Möglichkeiten der nördlichen Innenstadt besser zu verzahnen und konsequenter zu nutzen, soll die Lenkungsgruppe Kreativquartier City Nord.Essen, unter Beteiligung der Politik, regelmäßig tagen. Für viele freie Künstlerinnen und Künstler sind Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten überlebenswichtig. Die Richtlinien zur Förderung von Kulturprojekten und Kulturinstitutionen wie auch die bezirkliche Kulturförderung sind auf aktuelle Erfordernisse zu überprüfen und entsprechend zu aktualisieren (z.B. Fördermöglichkeiten für Kinos und Clubs).

UNESCO-Welterbe Zollverein

Das gesamte Areal des UNESCO-Weltkulturerbes Zollverein ist mit den vielfältigen Akteuren auf dem Gelände eine Perle der Essener Kulturlandschaft. Das Ensemble verstehen wir nicht als Solitär, sondern als Bestandteil unseres städtischen Lebens, so dass wir auch zukünftig eine stärkere Verzahnung mit dem Ruhrmuseum und der Stadtgesellschaft anstreben. Wir setzen uns entschieden für die Ansiedlung des Bundesinstituts für Fotografie auf Zollverein ein, da die Einrichtung hier ideale Möglichkeiten gerade auch für innovative Kooperationen mit den anderen Nutzern vorfindet.

Städtische Bibliotheken

Die Stadtteilbibliotheken verfolgen bereits jetzt den Ansatz ein Programm über die Ausleihe von Büchern und Medien hinaus anzubieten. Wir unterstützen dieses Engagement, um die Standorte zu Begegnungs- und Kulturzentren in den Stadtteilen auszubauen. Die Stadtbibliothek entwickeln wir zum attraktiven Kommunikations- und Bildungszentrum mit Auftritts- und Veranstaltungsmöglichkeiten weiter.

Sport

Wir wollen optimale Bedingungen im Spitzensport genauso wie im Breitensport. Bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie wollen wir Sportvereine unterstützen. Wir streben eine enge Kooperation mit dem Essener Sportbund (ESPO) und den Essener Sportvereinen an.

Olympiabewerbung 2032

Wir wollen die Bewerbung für die olympischen und paralympischen Spiele Rhein-Ruhr 2032 fördern und dabei nachhaltig im Hinblick auf die Sportstätten und die zu schaffende Infrastruktur agieren. Die Bürgerinnen und Bürger sind frühzeitig zu beteiligen. Wir erwarten von einer Olympiabewerbung insbesondere positive Impulse für eine nachhaltigere Verkehrsinfrastruktur in unserer Region.

Sanierung und Modernisierung von Sportanlagen

Wir wollen jährlich 7 Mio. Euro für die Sanierung von Sportanlagen und Sporthallen unter fachsportlichen und energetischen Gesichtspunkten investieren.

Bei der Modernisierung und Neuerrichtung von Sportanlagen müssen sportfachliche, energetische und Nachhaltigkeitsaspekte sowie Barrierefreiheit berücksichtigt werden.

Wir halten am Beschluss der Sanierung des Grugabades fest und prüfen anhand der Ergebnisse des Gutachtens die verschiedenen Varianten eines Ganzjahresbetriebes.

Wir wollen die Regattastrecke am Baldeneysee mit Fokus auf die sportfachlichen Gesichtspunkte modernisieren. Dazu sollen auch die Zuwegungen und Parkplätze sowie die Anbindung der S-Bahn-Haltestelle optimiert werden.

Essen als Sportstadt

Wir wollen Essen als Sportstadt durch Sportmarketing bekannter machen und den Spitzensport fördern. Hierzu gehören auch die weniger bekannten Sportarten, in denen Essener Leistungssportlerinnen und Leistungssportler Topleistungen abliefern.

Schulschwimmen

Wir wollen, dass jedes Kind beim Übergang zur weiterführenden Schule schwimmen kann, und auch die Schwimmernangebote für Erwachsene ausbauen.

Öffnungszeiten Freibäder

Eine ganztägige Öffnung der Freibäder Grugabad, Oststadtbad und Freibad Kettwig soll während der Saison auch außerhalb der Sommerferien ermöglicht werden.

Sportentwicklungsplanung

Wir wollen eine Sportentwicklungsplanung zur Sondierung von Bedarfen im vereinsgebundenen und vereinsungebundenen Sport beauftragen. Neben neuen Sporttrends soll auch der vereinsungebundene Sport künftig stärker berücksichtigt werden. Wir wollen mehr Angebote für vereinsungebundene sportliche Aktivitäten im Freien schaffen.

„2:1-Modell“

Wir bekennen uns beim Bau neuer Kunstrasenplätze zum bewährten 2:1-Modell: wenn sich zwei Vereine verständigen, auf einem Vereinsplatz zusammenzukommen, wird dort ein neuer Kunstrasenplatz etabliert.

Die Sportanlage Veronikastraße muss im Kontext mit der Bebauung am Messeparkplatz P2 betrachtet werden. Gemeinsam mit den betroffenen Vereinen wollen wir eine für alle Seiten tragfähige Lösung finden.

Vereinsungebundener Sport

Wir wollen öffentlich zugängliche Freizeitsportmöglichkeiten in unserer Stadt in enger Abstimmung mit den Bezirksvertretungen ausbauen (z.B. Trimm-dich-Pfade oder Calisthenics-Anlagen in Parks).

Wir wollen das Projekt „Open Sundays“ der Universität Duisburg-Essen weiterentwickeln, bei dem Sporthallen unter fachlicher Begleitung von Studierenden der Universität für Kinder sonntags geöffnet werden, und auf weitere Stadtteile ausweiten.

Die „Jedermann-Sportanlage“ an der Schillerwiese soll in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben und die dazugehörigen Umkleideräume sollen modernisiert werden.

Der Arbeitskreis zum Thema Umwelt und Sport (AK Kaktus) wird reaktiviert. Im Rahmen des Arbeitskreises soll zusammen mit den Mountainbikerinnen und Mountainbikern nach naturverträglichen Dirtbike-Strecken gesucht werden.

Öffentliche Sportangebote sollen zukünftig digital vorgestellt werden, damit Bürgerinnen und Bürger sich auf direktem Weg Informationen beschaffen können.

Wir wollen, dass ein städtisches Leerstandskataster entwickelt wird, damit Schulsporthallen künftig besser ausgelastet sind und auch von vereinsungebundenen Sportlerinnen und Sportlern genutzt werden können, wenn keine Belegung durch Vereine oder andere erfolgt.

Gewaltprävention im Sport

Um Gewalt im Sport zu verhindern, muss das Angebot der Präventionsarbeit unter Einbeziehung des ESPO konsequent weiter ausgebaut werden. Wir appellieren an den Landessportbund, Gewaltprävention stärker in der Qualifizierung von Trainerinnen und Trainern und Übungsleiterinnen und Übungsleitern zu berücksichtigen.

Haushaltsausgleich / Schuldenabbau / Investitionen

Wir streben eine Weiterführung der angestrebten Haushaltskonsolidierung an. Erklärtes Ziel ist es, den Haushaltsausgleich zu sichern.

Nachdem im Zuge des Stärkungspaktes der Haushalt 2017 erstmals seit 1992 wieder ausgeglichen werden konnte, wird der planmäßige Ausgleich ohne Stärkungspakthilfen ab 2020 durch die finanzwirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie überlagert und gefährdet. Hilfen des Bundes und des Landes, insbesondere die dauerhaft höhere Beteiligung an den Kosten der Unterkunft gemäß SGB II sowie die vorübergehende Ausgleichszahlung für Gewerbesteuerausfälle, mildern die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt aktuell. Unklar ist, wie langwierig sich die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch erweisen. Die haushaltsrechtliche Abgrenzung der Corona-Folgen können zwar formal die kommunalaufsichtlichen Restriktionen mildern, die substantielle Belastung der städtischen Finanzen (insbesondere in Gestalt von Schulden) bleibt indes.

Dabei betrachten wir insbesondere die seit 2014 anhaltende Schuldensenkung für elementar. So ist es gelungen die Pro-Kopf-Verschuldung so weit zu reduzieren, dass man längst nicht mehr zu den zehn höchstverschuldeten Städten in Deutschland zählt. Dieser Weg wird von uns konsequent weiterverfolgt.

Immer noch ist die Stadt Essen bilanziell überschuldet, solange unsere Stadt den Zwängen der Kommunalaufsicht selbst bei Haushaltsausgleich unterworfen bleibt. Deshalb zielt unsere Finanzpolitik auf eine schnelle Beseitigung des negativen Eigenkapitals durch Haushaltsüberschüsse und bilanzielle Zuschreibungen bei den Finanzanlagen). Auch die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Herausforderungen der anstehenden Folgen des Klimawandels bzw. der Klimaanpassungsmaßnahmen sind zu berücksichtigen und die Menschen dafür zu sensibilisieren. Diese sollen in tragfähigen Prognosen dargestellt werden, verbunden mit der Darstellung möglicher und notwendiger Maßnahmen zur Minderung der Dynamik des Klimawandels und der Kosten der Klimaanpassungsmaßnahmen.

Zugleich werden wir die Investitionen in die städtische Infrastruktur stärken. Im Rahmen einer Nettoneuverschuldung Null wollen wir die günstige Zinssituation auch für eine Stärkung der Investitionskraft nutzen. Das schließt eine etwaige Erhöhung der Investitionskredite ein. Solchen

höheren Investitionskrediten müssen entsprechend reduzierte Kredite zur Liquiditätssicherung gegenüberstehen.

Die Sanierung von Stadtfinanzen findet primär auf der Ausgabenseite statt. Wir wollen Steuererhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuer vermeiden und auch die Abgabenlast der Bürger nach Möglichkeit nicht erhöhen. Soweit sich Erhöhungen aus rechtlichen Vorgaben insbesondere in den Gebührenhaushalten niederschlagen, ist es unser Ziel, diese nicht durch eigene örtliche Entscheidungen darüber hinaus zu befrachten. Auch die Beteiligungen haben einen Beitrag zur fortgesetzten Sanierung der Stadtfinanzen zu leisten. Um hohe Qualität der Leistungserbringung mit finanziellen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, setzen wir auf effiziente Auftragsabwicklung. An diesem Anspruch werden wir die Beteiligungsunternehmen messen. Dabei ist uns bewusst, dass zentrale Entscheidungen insbesondere über den Leistungsumfang durch die politischen Entscheidungsträger im Rat getroffen werden. So schlägt sich die Beauftragung von Verkehrsdienstleistungen im Ergebnis der Ruhrbahn ebenso nieder wie Reinigungsaufträge Auswirkungen auf die Ausschüttung der Entsorgungsbetriebe haben. Deshalb betrachten wir unverändert den Haushalt als leitendes Zahlenwerk, aus dem sich die Zuschüsse oder Gewinnerwartungen der Tochterunternehmen ableiten.

Essen, den 22.12.2020

Matthias Hauer MdB
Kreisvorsitzender CDU

Fabian Schrupf MdL
Vorsitzender CDU-Fraktion

Thomas Frank
Kreisgeschäftsführer CDU

Barbara Wolf
Geschäftsführerin CDU-Fraktion

Essen, den 22.12.2020

Kai Gehring MdB
Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Gönül Eğlence
Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Hiltrud Schmutzler-Jäger
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Christoph Kersch
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen